

Univ.-Prof. Dr. Cosima Möller

Vorlesung Verbraucherprivatrecht im Sommersemester 2010

donnerstags 14.15 – 15.45 Uhr

Beginn: 15.4.2010

A. Einführung

- I. Ziel der Veranstaltung
- II. Zum Begriff: Verhältnis zum klassischen Zivilrecht
- III. Geschichtliche Hintergründe: von den kurulischen Ädilen über das AbzG zu Präsident Kennedys Verbraucherbotschaft
- IV. Rechtsschichten: nationales und europäisches Recht
 1. Historische Abfolge der Verbraucherschutzgesetzgebung
 2. Der Einfluß des Europarechts
 3. Harmonisierungskonzepte
- V. Die Integration in das BGB durch die Schuldrechtsreform vom 1.1.2002 und das OLG-VertretungsänderungsG vom Juli 2002
- VI. Änderungen durch die Umsetzung der Verbraucherkreditrichtlinie 2008/48/EG in nationales Recht mit Wirkung vom 11.6.2010
- VII. Durchsetzungsmöglichkeiten

B. Allgemeiner Teil

- I. Persönlicher Anwendungsbereich
 1. Verbraucher, § 13 BGB
 2. Unternehmer, § 14 BGB
 3. Existenzgründer, § 507 BGB
 4. Arbeitnehmer
 5. Persönlicher Anwendungsbereich der Regelungen zu den AGB
 6. Persönlicher Anwendungsbereich des Reisevertragsrechts
- II. Sachlicher Anwendungsbereich
 1. Schutz aufgrund der Verhandlungssituation
 2. Schutz wegen des Vertragsinhalts
 3. Ausnahmen

III. Typische Instrumente – ein Überblick

1. Form
2. Information
3. Ausgestaltung als zwingendes Recht
 - a) Unabdingbarkeit
 - b) Umgehungsverbot
4. Widerruf, § 355, und Rückgabe, § 356
 - a) Regelungstechnik
 - b) Voraussetzungen des Widerrufs
 - aa) Widerrufsrecht
 - bb) Widerrufserklärung
 - cc) Widerrufsfrist
 - c) Besondere Voraussetzungen der Rückgabe
 - d) Rechtsfolgen, § 357
 - e) Hinweis auf Besonderheiten für verbundene Verträge, §§ 358, 359, insbes. zum Schadensersatz bei unterbliebener Widerrufsbelehrung

C. Haustürgeschäfte

I. Vorgeschichte des § 312 BGB

1. Das HaustürWG
2. Zweck des HaustürWG
3. Die Richtlinie 85/577/EWG

II. Anwendungsbereich

1. Persönlicher Anwendungsbereich
2. Sachlicher Anwendungsbereich
 - a) Drei Fallgruppen
 - b) Ausnahmen

III. Instrumente des Verbraucherschutzes

1. Widerrufsrecht und Rückgaberecht
 - a) Belehrung über das Widerrufsrecht
 - b) Das Merkmal des „Bestimmtwerdens“
 - c) Einwirkung durch Dritte auf Unternehmerseite
 - d) Einwirkung auf Dritte auf Verbraucherseite
2. Umgehungsverbot und zwingendes Recht, § 312f
3. Vorrang spezieller Regelungen, § 312a
4. Gerichtsstand, § 29c ZPO

D. Fernabsatzverträge und elektronischer Geschäftsverkehr (e-commerce)

- I. FernabsatzG und europäische Richtlinie, die Vorgeschichte von §§ 312b-d
- II. Sachlicher Anwendungsbereich, § 312b
- III. Informationspflichten, § 312c und § 1 BGB-InfoV
- IV. Besondere Pflichten im elektronischen Geschäftsverkehr, § 312e
 1. Persönlicher und sachlicher Anwendungsbereich
 2. Bestätigung der Bestellung
 3. Berichtigungsmöglichkeit bei Eingabefehlern
- V. Insbesondere Auktionen im Internet
- VI. Besonderheiten beim Widerrufs- und Rückgaberecht, § 312d

E. Verbraucherkreditrecht

- I. Vom AbzG über das VerbrKrG zu §§ 491 ff. BGB
 1. Sachlicher und persönlicher Anwendungsbereich
 2. Instrumente des Verbraucherschutzes im AbzG
 - a) Realisierte Instrumente
 - b) Diskutierte Instrumente
 - c) Neu eingeführte Instrumente
- II. Das VerbrKrG und die Verbraucherkreditrichtlinie 87/102 vom 22.6.1986
- III. Veränderungen durch das Schuldrechtsmodernisierungsgesetz im Überblick
 1. Die neue Systematik: Verbraucherdarlehen, Finanzierungshilfen und Ratenlieferungsverträge
 2. Die Stellvertretung, § 492 IV BGB
 3. Immobiliendarlehensverträge, § 492 Ia 2 BGB
- IV. Die neue Verbraucherkreditrichtlinie 2008/48/EG und das Gesetz zur Umsetzung in nationales Recht vom 29.7.2009, Inkrafttreten am 11.6.2010
- V. Die bis 10.6.2010 geltende Regelung für Verbraucherdarlehensverträge im einzelnen, §§ 491 ff. BGB
 1. Persönlicher und sachlicher Anwendungsbereich
 2. Schriftform, § 492 I 1-4
 3. Informationspflichten, § 492 I 5
 4. Besonderheiten bei der Vollmacht

5. Rechtsfolgen von Formmängeln, § 494

- a) Nichtigkeit, § 494 I
- b) Heilung – Voraussetzungen und Wirkungen, § 494 II
- c) Besonderheiten bei der Vollmacht

6. Widerrufsrecht, § 495

7. Modifizierte Verzugsfolgen, §§ 497 f.

8. Schutz des Darlehensnehmers vor der Aufgabe von Gegenrechten, § 496

VI. Darlehensvermittlungsverträge, § 655a-e

VII. Finanzierungshilfen, §§ 499 ff.

1. Regelungstechnik

2. Zahlungsaufschub und sonstige Finanzierungshilfen

3. Finanzierungsleasingverträge, § 500

- a) Begriff und Rechtsnatur des Finanzierungsleasing
- b) Klauselkontrolle
- c) Spezifisch verbraucherkreditrechtliche Vorschriften
- d) Anwendbarkeit der Regeln über die verbundenen Verträge

4. Teilzahlungsgeschäfte, §§ 501 ff.

- a) Form- und Informationsvorschriften
- b) Rechtsfolgen bei Mängeln
- c) Modifikationen im Fernabsatz
- d) Option Rückgabe
- e) Folgen des Verzugs mit Ratenzahlungen, insbes. der Rücktritt des Unternehmers, § 503 II BGB

VIII. Ratenlieferungsverträge, § 505

1. Ort der Regelung

2. Voraussetzungen

3. Rechtsfolgen

IX. Die Neuregelung ab 11.6.2010 im Überblick

F. Verbundene Verträge: “Zwei gegen Einen”

I. Von den drittfinanzierten Abzahlungsgeschäften über die Regelung der verbundenen Geschäfte in § 9 VerbrKrG zu den verbundenen Verträgen nach §§ 358, 359 BGB

1. Einführung: die problematische Konstellation

2. Die Regelung der „Verbundenen Geschäfte“ im VerbrKrG, § 9

3. Die Regelung im BGB bis 10.6.2010

- a) Erstreckung des Widerrufs auf den verbundenen Vertrag, § 358 I und II
- b) Tatbestand des verbundenen Vertrags, § 358 III
- c) Rückabwicklung nach Widerruf, § 358 IV

- d) Einwendungen, § 359
- 4. Rückabwicklung nach Geltendmachung von Einwendungen aus dem Kaufvertrag oder aus dem Darlehensvertrag, §§ 812 ff.
- II. Aktuelle Beispiele aus der Rechtsprechung
 - 1. Zum Rückforderungsdurchgriff
 - 2. Zur Rückabwicklung bei kreditfinanzierten Immobilienfondsbeitritten
- III. Veränderungen durch das Gesetz zur Umsetzung der VerbrKrRL 2008/48/EG u.a. vom 29.7.2009 zum 11.6.2010

G. Verknüpfung von BGB und Verbraucherschutz bei mehr als Zwei-Personen-Verhältnissen: “Einer gegen Zwei”

- I. Das Recht der Stellvertretung und der Verbraucherschutz, insbes. § § 492 IV
- II. Bürgschaft und andere persönliche Sicherungsrechte: Mitverpflichtung Dritter
 - 1. Schuldbeitritt
 - 2. Schuldübernahme
 - 3. Unterfällt die Bürgschaft dem VerbrKrG bzw. §§ 491 ff.?
 - a) Der Vorlagebeschluß des LG Potsdam
 - b) Die Entscheidung des EuGH (Berliner Kindl/Siepert), EuGH NJW 2000, 1323 ff.
 - c) Stellungnahmen zu der EuGH-Entscheidung
 - d) Das Urteil des BGH zur Bürgschaft für einen geschäftlichen Kredit
 - aa) Gesamtbetrachtung
 - bb) Vergleich der Bürgschaft mit dem Schuldbeitritt
 - cc) Kritik in der Literatur
 - dd) Der Bürgenschutz als Gleichbehandlungskriterium
 - 4. Unterfällt die Bürgschaft dem HaustürWG bzw. § 312?
 - a) Das EuGH-Urteil (Dietzinger)
 - aa) Der Sachverhalt
 - bb) Rechtsansichten der Prozeßbeteiligten
 - cc) Entscheidungsgründe
 - b) Stellungnahme zu dem Urteil und Überlegungen zum Unterschied zwischen dem HaustürWG und dem VerbrKrG
 - c) Die Rechtsprechung des BGH seit 2006

H. Der Verbrauchsgüterkauf, §§ 474 ff. BGB

- I. Europarechtliche Vorgaben: Verbrauchsgüterkaufrichtlinie 1999/44/EG
- II. Persönlicher und sachlicher Anwendungsbereich
- III. Abweichungen von den allgemeinen Vorschriften
 - 1. Gefahrübergang
 - 2. Vertragliche Haftungsbeschränkungen, Garantien

3. Vermutung der Mangelhaftigkeit zur Zeit des Gefahrübergangs

IV. Regreß des Unternehmers beim Lieferanten

I. Teilzeit-Wohnrechteverträge, §§ 481 ff. BGB

J. Reisevertragsrecht, §§ 651a ff. BGB

I. Einführende Bemerkungen

II. Die Regelung des Reisevertrags im BGB

1. Die Lösung vom Vertrag

a) Vor Reiseantritt

b) Nach Reiseantritt

2. Rechtsfolgen eines Reisemangels

3. Sicherung von Ansprüchen des Reisenden, § 651 k

III. Die Pauschalreiserichtlinie und die Folgen ihrer verspäteten Umsetzung in deutsches Recht

1. Die Richtlinie 90/314/EWG des Rates über Pauschalreisen

2. Die Dillenkofer-Entscheidung des EuGH vom 8.10.1996

IV. Der Sicherungsschein nach Art. 7 der Pauschalreiserichtlinie und nach § 651 k BGB und die AGB-Kontrolle

V. Gastschulaufenthalte, § 651l

K. Sondervorschriften mit wettbewerbsrechtlichem Charakter

I. Zur Begrifflichkeit

II. Unbestellte Leistungen, § 241a BGB

1. Umsetzung von Art. 9 FernabsatzRL

2. Sachlicher Anwendungsbereich

3. Ausschluß vertraglicher Ansprüche

4. Ausschluß gesetzlicher Ansprüche?

III. Gewinnzusagen, § 661a BGB

1. Regelungsbedarf und Wirkungsweise

2. Anwendungsbereich

3. Gerichtsstand